Die sächsische Bevölkerung muß unbedingt von den verantwortlichen Reichsstellen verlangen, daß der der einheitlichen Regelung der Versorgung des ganzen deutschen Volkes direkt hohnsprechenden Pflichtvergessenheit Bayerns mit aller Entschiedenheit entgegengearbeitet und Bayern zur Erfüllung seiner Lieferungspflichten angehalten wird. Sollte es dem Reiche an der notwendigen Exekutivgewalt gegen dieses Ueberschußgebiet fehlen, so muß erneut die bereits früher erhobene Forderung, eine Reichsausgleichsstelle zu schaffen, geltend gemacht werden, durch die den Ueberschußgebieten alle diejenigen Lebensmittel, die sie selbst gar nicht oder nur in unzureichender Menge erzeugen, so lange zu sperren sind, bis sie sich auf ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber besonnen haben. So kann z. B. Bayern einen großen Teil seines Bedarfs an Zucker, hauptsächlich aber Seefische und die jetzt eingeführten Auslandslebensmittel, Mehl und Schweinefleisch, nur erhalten, wenn das Reich es zuläßt. Derartige Lebensmittel müßten den säumigen Ueberschußgebieten entzogen und als Ausgleich und Ersatz den von diesen Ueberschußgebieten unzureichend versorgten Zuschußgebieten zugewiesen werden, bis die Ueberschußgebiete ihre Aufgaben voll erfüllen. Diese Reichsausgleichsstelle würde zunächst das wirksamste Mittel sein, um den notleidenden Zuschußgebieten zu ihrem Rechte zu verhelfen, die pflichtvergessenen Ueberschußgebiete zu Räson zu bringen und ihnen zu zeigen, daß sie nicht ungestraft auf die Verfügungen des Reiches pfeifen dürfen.

Solange diese Reichsausgleichsstelle nicht geschaffen und wirksam geworden ist, verlangen wir im Namen der sächsischen Verbraucher die Zuweisung andrer Fleischlieferungsgebiete. Die Bevölkerung Sachsens fordert mit allem Nachdruck, in der Versorgung mit öffentlich bewirtschafteten Nahrungsmitteln nicht immer hinter andern deutschen Landesteilen zurückgesetzt zu werden.

Ein widernatürliches Bündnis

Haag, 3. November. Die Nieuwe Gazette berichtet aus Antwerpen:

Die französische Regierung übe einen Druck aus, um ein Bündnis zwischen Belgien und den Niederlanden im Anschluß an Frankreich zustande zu bringen. Im belgischen Ministerrat sei diese Angelegenheit mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Aber England und die Vereinigten Staaten hießen angeblich ein derartiges Bündnis gut.

Der Telegraaf meldet dazu aus Brüssel: Von gutunterrichteter Seite erfahren wir, daß in der Tat Frankreich und England an dem Zustandekommen von Abmachungen militärischer Art gelegen ist für gewisse Eventualitäten, die sich aus der Haltung ihrer Delegierten auf der Pariser Konferenz ergibt. Diese Abmachungen sollen durchaus nicht den Charakter des Dreibundes annehmen, wodurch die Niederlande und Belgien in das Fahrwasser der Politik einer Großmacht kommen sollen.

Aus östlichen Gefangenenlagern

Genf, 2. November. Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur hat das internationale Rote-Kreuz-Komitee die jüngsten Nachrichten über die Lage der Gefangenen in gewissen polnischen und rumänischen Lagern erhalten. In Brest-Litowsk wurden die vier Gefangenenlager, welche im März 10 000 Mann meist Ukrainer beherbergten, von zwei Delegierten des Roten-Kreuz-Komitees in Begleitung eines Sanitätsmajors der französischen Militärmission besucht. Am 11. Oktober befanden sich in den Lagern nur noch 4000 Mann. Anfang August starben bis 180 Gefangene täglich. Die Verluste wurden verursacht hauptsächlich durch Ruhr, Typhus und ungenügende Ernährung.

Die Baltenpolitik der Entente

An der Petersburger Front machte die Nordwestarmee westlich Krasnoje-Selo kleine Fortschritte. (In welcher Richtung? D. R.) Die estnische Armee besetzte die Bahnstation Marienhafen und machte 200 Gefangene. An der Karelischen Front nahm die Gefechtstätigkeit zu.

Der Chef der britischen Militärmission, General March, reiste nach Bjorkö zu Beratungen mit dem englischen Flottenchef Admiral Cowan. March wird nach Helsingfors nicht zurückkehren.

Der Chef der Ententemission in Finnland ist dem französischen General Niessel unterstellt. Zum Stabe Judenitsch wurde der englische General Hakin kommandiert. Die Ablösung des englischen Generals und die Unterstellung der englischen Mission unter einen französischen Chef ist auf Meinungsverschiedenheiten Englands und Frankreichs in der Baltenpolitik zurückzuführen, woraus hier gefolgert wird, daß die Randstaatenpolitik eine Aenderung im russischen Sinne erfährt.

Fortfall der Ergänzungssteuer

Der im Reichsfinanzministerium fertiggestellte Entwurf der Reichseinkommensteuer wird einer Nachrichtenstelle zufolge nunmehr dem Reichsrat vorgelegt, der dazu demnächst Stellung nehmen wird. Beim Wiederzusammentritt am 20. November wird das Plenum der Nationalversammlung die Vorlage vorfinden. Es handelt sich dabei lediglich um die von Reichs wegen durchzuführende gesetzgeberische Besteuerung des Einkommens, in der auch die bisher in Gestalt von Zuschlägen vorgenommene Erhöhung der Staats- und Gemeindeeinkommensteuern zusammengefaßt wird. Die Sätze der künftigen Reichseinkommensteuer gehen aber entsprechend dem stark vermehrten Finanzbedarf des Reichs, der Einzelstaaten und der Kommunen über das bisherige Maß der Belastung durch die Einkommensteuer erheblich hinaus. Anderseits dürfte die Ergänzungssteuer der Einzelstaaten in Wegfall kommen, da der Vermögensbesitz auf Grund verschiedener Reichsgesetze steuerlich bis zur vollen Höhe seiner Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen wird.

Eine Rede Schiffers

Justizminister Schiffer sprach in der Deutschen Demokratischen Partei in Magdeburg über den Friedensschluß, die neue Verfassung und die Stellung der Deutschen Demokratischen Partei zur Regierung. Er führte unter anderm aus: Die Revolution sei nicht der Sieg einer Partei, sondern ein grotesk anmutender Zusammenbruch des alten Regimes, das scheinbar so fest gewesen sei. Die alte Sozialdemokratische Partei hat die Revolution selbst gar nicht gewollt; sie war selbst überrascht, aber es wird vor der Geschichte ihr Ruhm bleiben, daß sie die Leitung der Geschicke in die Hand nahm und uns vor dem Zertrümmern bewahrte. Wir können die Mitarbeit der Sozialdemokratie auf absehbare Zeit nicht entbehren. Sie verfügt aber noch nicht über die geeigneten Persönlichkeiten, um allein die Leitung des Reiches zu übernehmen. Für sie ist es als ein großes Glück zu bezeichnen, daß sie in der Nationalversammlung keine Mehrheit erhielt, denn dann hätte man von den Führenden das Unmögliche verlangt, das jahrelang Versprochene sofort in die Tat umzusetzen. Im Interesse des Vaterlandes traten wir in die Koalitionsregierung ein. Als dann die furchtbare Entscheidung über die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Friedens kam, traten wir aus der Regierung aus, weil wir nicht unterzeichnen konnten. Wir gestehen aber den Unterzeichnern den guten Glauben wie uns zu. Dann wurde die Verfassung von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Deutschen Demokraten verabschiedet. Wir wollen Ruhe und Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten auf dem Boden der republikanischen Verfassung. Unabhängige und Deutschnationale lassen das Volk nicht zur Ruhe kommen und wollen es auch nicht.

Wir stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung, wenden uns aber gegen jede Beschimpfung der Monarchie. Mit dem Abschluß der Verfassung standen wir vor der Frage des Wiedereintritts in die Regierung, zu dem wir uns nach längeren und nicht einfachen Verhandlungen entschlossen. Natürlich bestehen zwischen den drei Regierungsparteien Unterschiede in voller Stärke. Eine ganze Welt liegt zwischen einzelnen Anschauungen. Es wurden bei den Verhandlungen alle Fragen berührt, die von Wichtigkeit sind, so die Möglichkeit der Einschränkung der Streiks sowie der Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Der [illegible] darf auch nicht unterstützt werden. Wir stellen fest, daß wir ein Stück des Weges zusammengehen konnten. Auch bei dem Betriebsrätegesetz ist dies der Fall. Es besteht Aussicht, auch über dieses Gesetz zu einer Einigung zu gelangen. Schiffer wandte sich dann in scharfen Worten nochmals gegen die Unabhängigen und Deutschnationalen, namentlich aber auch gegen die Deutsche Volkspartei. Sie hätte den Traum nach Vereinigung des deutschen Liberalismus zerstört.

Der Minister schloß: Deutschland braucht eine neue Kultur. Wir fühlen uns dazu berufen, an der Schaffung dieser Kultur mitzuarbeiten. Die Gegenwart ist schwer und trübe, die Zukunft dunkel, doch man spürt bereits einen Fortschritt: Recht, Ordnung, Pflicht und Arbeit sind auf dem Wege. Nur nicht die Geduld verlieren!

Klagen der Fischhändler

Nachdem seit der Freigabe des Fischhandels bereits längere Zeit verflossen ist, lassen sich die Folgen dieser Maßnahme einigermaßen übersehen. Hierbei tritt mit aller Deutlichkeit zutage, daß die hochgespannten Erwartungen, die in Kreisen der Fischhändler von einer Wiedereinführung des freien Handels gehegt wurden, sich zum großen Teil nicht erfüllt haben. Auch er hat nicht verhindern können, daß größere Mengen von Fischen verdorben sind. So mußten z. B. in Berlin innerhalb dreier Tage etwa 10—12 Waggons Seefische der Abdeckerei zugeführt werden, da sie für den menschlichen Genuß nicht zu verwenden waren. Ein noch größeres Quantum, das noch ohne Schädigung für die menschliche Gesundheit zu genießen war, aber den üblichen Anforderungen des konsumierenden Publikums an Frische und Wohlgeschmack nicht mehr entsprach, konnte nur noch zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft werden. Es wurden für 1 Pfund solcher Ware nur 30—60 Pf. erzielt. Schätzungsweise dürfte der Verlust, der dem Berliner Fischhandel hieraus erwachsen ist, in jenen drei Tagen fast ¼ Million betragen. Ganz ähnliche Erfahrungen hat man auch in Hannover gemacht, das plötzlich mit deutscher Ware überschwemmt wurde. Da es damals noch sehr heiß war, mußten auch dort die Fische zu weit niedrigeren Preisen als üblich verkauft werden, um zu verhindern, daß die ganze Ladung den Düngerfabriken zugeführt wurde. Diese Verhältnisse haben dahin geführt, daß viele Händler, die den freien Fischhandel mit allen erdenklichen Mitteln propagiert hatten, bereits jetzt anderer Anschauung geworden sind. Auch in der Fischversorgung hat sich also herausgestellt, daß bei der Freigabe des Handels die praktische Erfahrung zu ganz anderen Resultaten führt, als sie sich die Interessentenkreise in der Theorie ausgemalt haben. In jedem Falle scheint der Beweis erbracht zu sein, daß der unvermittelte Uebergang von amtlicher Bewirtschaftung zum freien Handel sich stets mit gewissen Störungen vollzieht und nie so leicht vonstatten geht, wie man in weiten Kreisen anzunehmen allzu leicht geneigt ist.

Deutsches Reich

Der Konflikt in München

Der Konflikt, der zwischen den Organisationen der Münchner Arbeiterschaft und den militärischen Stellen infolge des Erlasses des Truppenkommandos der Reichswehr ausgebrochen ist, hat noch keine Lösung gefunden. Durch das Truppenkommando waren in einer unnötig schroffen Form und in der Kommandoform vergangener Zeiten für die Abhaltung der Revolutionsfeier arge Einschränkungsbestimmungen erlassen. Versammlungen wurden nur in geschlossenen Räumen und ausschließlich für den Vormittag des 9. November genehmigt.

Die Sozialdemokratische Partei hatte daraufhin gegen die Militärdiktatur schärfsten Protest erhoben, und die Unabhängigen hatten für den 7. November, der für Bayern als Gedenktag der Revolution zu gelten hat, den Demonstrationsstreik angekündigt. Die Vorstellungen, die von den Arbeiterorganisationen bei den militärischen Stellen erhoben wurden, haben das Truppenkommando, wie es mitteilt, nicht veranlassen können, von seinen „durch reifliche Ueberlegung" verfügten Maßnahmen abzugehen. Die Behauptung, daß die Verfügung ohne jede

Wandlungen

Von Heinrich Cunow

I. Der Ursprung der Sowjets

Seit der Novemberrevolution wird in der sozialistischen Presse ein heftiger Kampf um die Frage: Demokratie oder proletarische Diktatur ausgefochten. In verständlicheres Deutsch übersetzt heißt das: Soll Deutschland von einem aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgegangenen Parlament und einer von den Mehrheitsparteien dieses Parlaments erwählten Regierung, oder diktatorisch von einem aus den Arbeiterräten gewählten Vollzugsrat regiert werden? Bereits ist über diese Frage eine ansehnliche Broschürenliteratur entstanden. Durchaus begreiflich, denn wenn wir auch zur Zeit ein demokratisch-parlamentarisches Regime im Reich und den Einzelstaaten haben, so machen doch die Kommunisten oder Spartakisten die größten Anstrengungen, die parlamentarische Regierung zu stürzen und das sogenannte Rätesystem zu verwirklichen, das heißt jene Diktatur des Proletariats, wie sie heute noch in Rußland besteht, und die Gefahr, daß es diesen Elementen im Winter gelingen wird, hier und dort in Großstädten oder Industrierevieren zeitweilig die Macht an sich zu reißen, darf keineswegs unterschätzt werden.

Das Arbeiterrätesystem stammt aus Rußland, und zwar ist es nicht erst, wie vielfach in den Zeitungen behauptet wird, in der jetzigen russischen Revolution entstanden, sondern schon zu Beginn der russischen Revolution der Jahre 1905/06. Es war am 2. Oktober 1905, als in Moskau in einigen großen Druckereien ein Setzerstreik ausbrach, der infolge der in den Arbeiterkreisen herrschenden Gärung schnell auf eine Reihe anderer Gewerbe übergriff und auch die Eisenbahnbetriebe dermaßen in seinen Bereich zog, daß am 20. Oktober bereits alle nach Moskau führenden Eisenbahnbetriebe stillstanden. Und immer weiter dehnte sich das Streikfieber nach Westen und Norden aus. Am 15. Oktober 1905 begann auch in Petersburg der Streik und am 25. Oktober ruhte schon auf sämtlichen Petersburger Eisenbahnlinien die Arbeit, nur auf der Finnländischen Bahn verkehrten noch einige Züge.

In der Bevölkerung entstand eine starke Gärung. Durch die Hauptstraßen Petersburgs drängten sich große Volksmengen und mehrfach kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Zwischen den Streikenden aber fehlte der Zusammenhang. Eine Zentralleitung war nicht vorhanden. Die geheime sozialdemokratische Organisation umfaßte nur ungefähr 800 Mitglieder und diese hatten in vielen Fabriken fast gar keine Autorität. Und noch schwächer war die Organisation der Sozialrevolutionäre.

Die Lage erforderte dringend eine aus der Masse hervorgegangene, von dieser respektierte Oberleitung. Aber wie war sie zu schaffen? Eine umfassende Organisation der Arbeiter, die als Grundlage hätte dienen können, fehlte. So kam man auf den Gedanken, daß die Arbeiter der großen streikenden Fabriken und Werkstätten rasch aus ihrer Mitte Delegierte wählen und diese zu einem Arbeiterdelegiertenrat zusammentreten sollten. Das geschah. Am 26. Oktober konstituierte sich der erste Arbeiterrat. Zunächst umfaßte er nur 40 Delegierte; durch Hinzuwahl weiterer Vertrauensmänner vergrößerte er sich aber mehr und mehr und gestaltete sich gewissermaßen zu einem Arbeiterparlament, bis er schließlich am 16. Dezember 1905 durch zaristische Truppen gesprengt und seine Mitglieder abgeführt und zum Teil nach Sibirien geschickt wurden.

So sind die russischen Räte, die Sowjets, entstanden. Nicht als Ergebnis eines sorgfältig ausgeklügelten Organisationsplanes, auch nicht als politische Regierungsgebilde, sondern spontan als Notbehelf aus einer bestimmten kritischen Situation heraus zur Leitung der führerlosen Arbeitermassen.

Da sie sich in jenen stürmischen Revolutionstagen des Jahres 1905 im ganzen bewährt hatten, griffen die Arbeiter Petersburgs und Moskaus, als sie Ende Februar 1917 das Zarenregiment gestürzt hatten, wiederum zur Errichtung von Sowjets, in die nun, da sich eine ganze Reihe von Regimentern und Bataillonen der revolutionären Bewegung anschloß, auch die Soldaten ihre Vertrauensmänner hineinsandten. Doch konstituierte sich der neue Petersburger Sowjet wieder nicht selbst als Regierung, sondern nur als Kontroll- und Aufsichtsrat über die neue Regierung, die fast ausschließlich aus Liberalen und matten Demokraten, aus sogenannten Kadetten, bestand und nur einen Halbsozialisten, den Rechtsgelehrten Kerenski, als Mitglied hatte. Zu einem eigentlichen Organ der Regierung sind die Sowjets erst geworden, nachdem die Anhängerschaft Lenins und Trotzkis, die Bolschewiki (d. h. Mehrheitler), die dritte revolutionäre Koalitionsregierung im November 1917 gestürzt und ihr diktatorisches Regiment aufgerichtet hatte.

Zunächst beabsichtigten jedoch auch die Führer der Bolschewiki parlamentarisch zu regieren und eine verfassunggebende Nationalversammlung, eine Reichsduma, einzuberufen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollten nur die Funktionen revolutionärer Ueberwachungs- und Sicherheitsausschüsse ausüben und die besonderen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertreten, gewissermaßen sozialpolitische Arbeiterkammern sein. Die Bolschewiki rechneten nämlich mit ziemlicher Sicherheit darauf, daß ihre Partei infolge der revolutionären Gärung in den unteren Volksschichten und des allgemeinen Friedensverlangens eine sichere Mehrheit in der Reichsduma haben werde. Sie ordneten deshalb allgemeine Wahlen für eine Reichskonstituante an, fanden sich aber in ihren Erwartungen bitter getäuscht. Die Bauern — über vier Fünftel der Bevölkerung Rußlands — wählten meist nicht die Kandidaten der Bolschewiki, sondern Mitglieder der sozialrevolutionären Partei, die seit Jahrzehnten, früher unter dem Namen „Partei des Volkswillens" bekannt, unter den Bauern eine intensive Agitation getrieben hatte und ihnen die Aufteilung der großen Herren- und Klostergüter versprochen hatte. Als im Januar 1918 die Wahlresultate bekannt wurden, stellte sich heraus, daß 420 Sozialrevolutionäre und nur 186 Bolschewiki gewählt waren.

Da die Leiter der Bolschewiki ihre Herrschaft gefährdet sahen, erklärten sie die Revolution in Gefahr und verkündeten die Diktatur des Proletariats, das heißt die Diktatur jenes Teiles des Proletariats, der hinter ihnen stand, der bolschewistischen Partei. Die Reichsduma wurde nicht einberufen und nun als revolutionäres Dogma in die bolschewistische Lehre aufgenommen: Alle politische Gewalt gebührt ausschließlich den Arbeiter- und Soldatenräten. Die Räte-Diktatur der Bolschewiki wurzelt also gar nicht in alten politischen Grundsätzen dieser Partei, sie ist gewissermaßen ein Verlegenheitsprodukt — eine Folge der Tatsache, daß die Bolschewiki bei den Wahlen zur verfassunggebenden russischen Nationalversammlung nicht die Mehrheit erhalten hatten.

Tatsächlich wurde nun in der neuen russischen Reichsverfassung alle Macht formell den Räten zugewiesen und bestimmt, daß überall lokale Sowjets, Kreissowjets, Gouvernementssowjets und Distriktssowjets gebildet werden sollten. An der Spitze der ganzen russischen Republik wurde gewissermaßen als Ersatz der Reichsduma der „Allrussische Rätekongreß" gestellt, der nach der Verfassung mindestens zweimal im Jahr zusammentreten muß und aus seiner Mitte den geschäftsführenden Ausschuß für die ganze russische Republik zu wählen hat, den „Allrussischen Zentralexekutivausschuß".

Demokratisch ist die jetzige Verfassung durchaus nicht, weit eher kann man sie hierarchisch nennen. Zwar können Männer und Frauen schon vom 18. Lebensjahr an zu den Orts- und Gemeindesowjets wählen; aber nur solche Personen, die ihren Lebensunterhalt mit eigener produktiver, der Allgemeinheit nützlicher Arbeit bestreiten und keine gemieteten Arbeitskräfte beschäftigen, ferner alle Personen, die der roten Armee angehören. Ausgeschlossen von dem aktiven wie passiven Wahlrecht sind daher nach Kapitel XIII der Verfassung:

1. Alle Personen, die sich zwecks Erzielung von Gewinn gemieteter Arbeitskräfte bedienen;
2. Personen, die von Einnahmen leben, die nicht selbst durch Arbeit erworben sind, z. B. von Kapitalzinsen, Geschäftsgewinnen, Erträgen aus Vermögen usw.;
3. Personen, die private Händler und Zwischenhändler sind;
4. Mönche und geistliche Angestellte der Kirchen und Kulte;
5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des Gendarmeriekorps, sowie Mitglieder des früheren Herrscherhauses usw.

Dazu kommt, daß die Wahlordnung den großen Städten ein Uebergewicht über das flache Land verleiht und daß ferner die Kreis-, Gouvernements- und Distriktsräte nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, sondern aus Vertretern der ihnen untergeordneten Räte bestehen. Der Kreisrat wird z. B. von den örtlichen Sowjets aus ihrer Mitte gewählt, der Gouvernementsrat wieder von den Kreisräten aus ihrer Mitte usw. Dadurch findet eine scharfe Sichtung und Fernhaltung andersdenkender Elemente statt. Tatsächlich liegen alle wichtigeren Regierungsfunktionen heute vollständig in den Händen des Moskauer Zentralexekutivausschusses, oder richtiger, der in ihm maßgebenden Personen.

Die Heimat des Rätesystems ist demnach Rußland. Als aber im November 1918 auch in Deutschland und in Deutsch-Oesterreich der Zusammenbruch der alten Regierung erfolgte, wurde zunächst die Revolution von den Bolschewiki [illegible] in dem Wirrwarr des Zusammenbruchs, besonders aber [illegible]